

Saale-Zeitung.

(Der Bote für das Saalthal.)

Bezugspreis
für Halle vierteljährlich 2,50 M., durch die Post 3 M., zweimonatlich 3 M., einmonatlich 1 M., ohne Befehlsgeld. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen.
Nummer 5382 des amtlichen Zeitungs-Verzeichnisses.
Für die Redaktion verantwortlich
H. S. Albert Dering in Halle.
[Bersprecherbindung mit Berlin und Leipzig.]
Königs-Str. 176.

Anzeigen
werden die Spaltezeit oder deren Raum mit 20 Pfg., solche aus Halle mit 15 Pfg. berechnet und in der Expedition, von welchen Annoncenstellen aus allen Annoncen-Expeditoren angenommen.
Retiketen die Zeile 60 Pfg.
Erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach den Sonn- u. Feiertagen.
[Der Nachdruck unserer eigenen Artikel ist nicht gestattet.]

Nr. 112.

Halle a. d. Saale, Sonnabend den 16. Mai

1891.

Eine „politische Zeitbestrafung.“

Aus jenem Herzogthum, das einst das famose „Programm aus den 99 Tagen“ entstehen und vergehen sah, ist in diesen Tagen wieder eine „politische Zeitbestrafung“ gekommen, die ein gewisses Aufsehen erregt, und in der Presse lebhaft besprochen wird. Als Ziel hätte die — in Gotha bei Robert Schwabe erschienene „Profrösiere die Frage: Was für einen Kurs haben wir?“ Der Verfasser, hat sich nicht genannt, die Schrift ist, laut Titelblatt, von „Borussen“ verfaßt, selbstverständlich nicht von den in letzter Zeit so oft erwähnten böhmischen Borussen. Aber ein politischer Student, nicht ein fertiger Meister, scheint auch dieser Profrösiere-Schreiber zu sein, freilich ein Student in hoher Semestern und von stattlicher Schriftstellerischer Begabung. So sehr sich die borussische Zeitbestrafung über die staßhaften Leistungen des Herrn Max Decker erhebt, so unwahrscheinlich hängt die Annahme eines beliebigen Blattes, das Vorjahr Decker als Verfasser nennt. Vorjahr Decker ist einer der besten deutschen Publizisten und ein Mann von ungeschwächter politischer Erfahrung; er würde mehr und Weiteres zu sagen wissen als die Borussen und am wenigsten würde er eine Profrösiere schreiben, in der die Mäcker des Fürsten Bismarck als unwahrscheinlich bezeichnet und das diplomatische Talent des Grafen Herbert Bismarck mit bestem Tadel bedacht wird.

Man geht in die Zeit oder man sagt in bewußter Absicht die Zeitlagen zu fassen, wenn man meint, nur eine kleine Gruppe verständig intelligenter sei durch den jetzigen Zustand unserer Politik wirklich beunruhigt. Es sind vielmehr gerade die besten und reifsten Elemente der Bevölkerung, die sich die lange Frage vorlegen: Was für einen Kurs haben wir? Mit unwiderlicher Gewissheit hat es die Regierung verstanden, zwischen sämtlichen Stufen Platz zu nehmen. Die Konserativen folgen ihr, weil sie ohne den governmentalen Posten verloren wären, oder sie folgen ihr unwillig und fest entschlossen, weil mit aller Kraft jeder modernen Reform entgegenzuarbeiten. In den Reihen der National Liberalen geht es ebenfalls, die Unterfraktion der Freimüthigen ist Herr v. Caprivi und seinen Leuten „unheimlich“, das Centrum triumphiert und schickt die Jesuiten herbeizubolen, den Antrag auf Wiederzulassung der jenen eng verwandten Oberenposten von Baiern aus in die deutschen Lande. Ein fester, einseitiger Aktionsplan scheint der Regierung nicht erwünscht und schon fehlt es nicht an Anzeichen dafür, daß die einzelnen Hefforts nicht nur auf eigene Faust operieren, ganz abgesehen davon, daß ihnen durch plötzliche Eingriffe von oben nicht eben selten das Konzept verrückt wird. Diese Erscheinungen darf man nicht, im Prologephorie der „Erlösung von Bismarck“, verstehen, auch wenn man im übrigen von den pessimistischen Ueberzeugungen der oben genannten Profrösiere weit entfernt ist, die das Einschlagen eines neuen, schwanfenden und geradezu verkehrten Kurses unter großem Wehklagen konstatirt.

Es wird der Regierung von den Borussen zum Vorwurf gemacht, sie habe durch überreifes Verben um die französische Freundschaft unsere Beziehungen zu dem Nachbarreiche auf lange Jahre hinaus kompromittirt. Dieser Vorwurf kann man in Ansehung der bekannten Vorgänge leider nicht die Bezeichnung abspinnen und, was das Schlimmste, weil das symptomatisch Bedenklichste, an der Sache ist, es hat sich kein Träger der Verantwortlichkeit für diesen fatalen Lebensfehler gefunden. Erst im letzten Augenblicke soll der Reichskanzler, sollen die diplomatischen Vertreter von der Reize der Kaiserin Friedrich nach Paris in Kenntniß gesetzt worden sein und doch hätte um ein Paar diese Reize den Anstoß zu den ernstesten Überlegungen gegeben. Wer trug denn vor der öffentlichen Kritik die Verantwortlichkeit? Die Borussen haben durchaus recht, wenn sie sagen, daß die Bevölkerung von Preußen und Deutschland „zu einem großen Theile in politischen Ueberlieferungen und Gewohnheiten groß geworden ist, die ihr jedes Verständnis für ein régime personnel benehmen.“ Auch das Wort trifft, daß „nach so große theoretische Weisheit eine neuerliche und nervöse Hand nicht vor dem Verlieren des Steuerschiffes, bevor noch der Steuernde selbst befallen ist geworden“ und „daß die verantwortlichen Träger der Politik das Steuer verloren haben und, ohne Herrn der Richtung zu sein, vor dem Winde treiben, — bald vor dem Winde der Parteien, bald vor einem härteren Winde, von dem man nicht immer mit Sicherheit erkennen kann, woher er kommt und wohin er geht.“ Die Ausführungen in dem Aufsicht „Der König als sein eigener Minister“ zeichnen auch sonst noch durch anerkennenswerthe Freimüthigkeit sich aus und der Hinweis auf den unglücklichen Versuch König Friedrich Wilhelm des Vierten, durch sein persönliches Eintreten die politischen Gegensätze zu versöhnen, ist nicht ohne aktuelle Bedeutung, so verschieden auch die Individualitäten der beiden in Frage kommenden Monarchen sein mögen. Die Profrösiere will von solcher Verschiedenheit nicht wissen und sagt im Gegentheil: „In seinen feineren Verfahren erinnern die ersten Jahre der Regierung Wilhelm II. so mächtig nach wie an die erste Zeit der Herrschaft Friedrich Wilhelm IV.“

Was im übrigen an substantiellen Vorurteilen gegen die auswärtige Politik vorgebracht wird, beruht zum größten Theil auf völlig falschen Kombinationen. Deutschland soll einen geheimen Schutz- und Trugvertrag mit England geschlossen haben, der dem Auslande für alle Nothfälle den deutschen Bestand sichert. Für einen derartigen, naturgemäß auf Geheimhaltung beruhenden Vertrag würde, von allen anderen Schwereitungen abgesehen, kaum ein intelligenter Ministerium zu haben sein, und hätte der Salzburger das ganz Unwahrscheinliche wahr gemacht, so wäre die Annahme um für ein etwa folgendes literales Dokument büßig. Ferner soll der Deutscher geleistet, die französisch-russische Freundschaft befestigt, eine russisch-österreichische Verständigung in die Wege geleitet sein, — alles durch Ver-

schulden der deutschen Regierung. Derartige Behauptungen wollen unter Beweis gestellt oder mindestens doch durch das Gewicht eines bekannten Namens unterstüzt sein, um Anspruch auf Beachtung erheben zu können. Die französisch-russischen Freundschaften datiren nicht von gestern und heute und von einer Verständigung zwischen Deutschland und Oesterreich über Balkanfragen hat man bisher nichts vernommen. Im Gegentheil hat gerade in jüngster Zeit die aus rüchlichen Umständen an der Donau entstandene Veranlassung bewiesen, welchen Werth man in Oesterreich dem deutschen Bündnis beilegt. Wir dürfen einer Erneuerung des Dreibündnis wohl nicht immer zuversichtlich entgegenzehen, die Bismarck freilich heute längst in der Tasche hätte, wie er auch zwischen und dem Jaren gegenüber sicher einen besseren Kurs gehalten haben würde als die heutigen Nachhaber, denen man, besonders seit den vorjährigen Wandern in Krainje Solo und ihrem Nachspiel in Neuchâtel, von Petersburg aus nur befehdende Sympathien entgegenbringt. Das Deutsche Reich muß eben auch ohne Bismarck auskommen und es muß sich mit den vielfach verbesserten Zuständen im Innern über manchen Verlust an seinem verpolitischen Prestige trösten. Bismarck war, weit mehr noch als einst der Freisprecher v. Stein, den die Fürsten haßten und beneideten, ein ganz persönlicher Machtfaktor im europäischen Staatenkongress und deshalb gehörte hoher Wuth dazu, ihn nicht nur zu entlassen, wie es der Anspruch einer neuen Zeit erforderte, sondern seines Rathes sich gänzlich zu entziehen.

Für die Verbesserungen in unserer inneren Politik ist die Borussen-Profrösiere blind und taub; der Verfasser kennt hier die Verhältnisse nicht und seine Voraussetzungen sind von den Ereignissen vielfach überholt und hiengegriffen worden. Es wäre unbillig, wollte man übersehen, wie mancherlei befreit worden ist. Wir sind das Sozialistengesetz los und der Verlauf der diesjährigen Wahlen, der parlamentarische Stimmengang in Gesammthänderwerb, die persönlichen und sachlichen Differenzen zwischen „Jungen“ und „Alten“ haben gezeigt, daß die freitere der gebelneten Sozialdemokratie an Geschäftlichkeit erheblich nachsteht. In Preußen sind Reformen der Einkommensteuer und der Landgemeindeordnung durchgedrungen, die bei sehr großen und bedauerlichen Mängeln doch entschieden einen beträchtlichen Schritt nach vorwärts bedeuten. Der Reichstag hat ein mächtigste Vortheile bietendes Arbeitergesetz beschlossen und der Druck mit dem System der wirtschaftlichen Abwertung ist durch den beabsichtigten Handelsvertrag deutlich marirt. Hätte die Regierung in allen diesen Dingen entsprechende Klarheit über ihre Ziele walten lassen, hätte sie von allen Kompromissen sich ferngehalten, sie dürfte heute stolz auf die freudige Unterthänigkeit aller unabhängigen Elemente im Lande vertrauen. Leider aber machen diese an sich erfreulichen Aktionen selbst nur den Eindruck der Ephemeren Springprojekten, bei deren Schritt nach vorwärts sofort von einem Rückschritt gefolgt ist und es gewinnt die Vermuthung an Raum, daß öfter persönliche Willkür als ein festes Programm die zu wählenden Wege weist. Diefem umgehenden und für die Monarchie nicht unbedenklichen Zustand und die gleichzeitigen Betrachtungen der neuen Profrösiere gemischt und mit den anonymen „Borussen“ fühlen wohl viele aus Preußen und Deutschland heute die Wahrheit der folgenden Sätze:

„Kein Minister darf den Anleihen aufkommen lassen, als fülle er keiner konstitutionellen Verantwortlichkeit Genüge gethan, wenn an die Stelle seiner eigenen pflichtmäßigen Ueberzeugung der entgegenstehende Entschluß der Krone tritt. Keine politische Partei darf glauben, ihr Gewissen den Wählern und dem Vaterlande gegenüber verpflichtet zu haben, wenn sie die Regierung unterthänig auszuweisen, wo sie ihr unheimlich, wenn noch größerer Schande bedürftig wird.“ Eine Verheißung des ständigen Zweckes untrübe Bekämpfung ist es, wenn hinter dem Troubadour und unverantwortliche Männer stehen, die des Königs Mithatigkeit beeinflussen, bevor die verantwortlichen Minister in die Lage kommen, auf ihre Bildung einzurücken.“

Auf die Länge der Zeit wird sich die Regierung der Notwendigkeit nicht entziehen können, eine angemessene Antwort zu geben auf die hier nicht zum ersten male gestellte Frage: Was für einen Kurs haben wir?

Deutsches Reich.

* Berlin, 14. Mai. Se. Maj. der Kaiser traf heute früh 7 Uhr in Hannover ein und begab sich sofort vom Bahnhofs aus zu Wagen nach der Waldemarstraße, wo die Besichtigung des Königs-Regiments (1. Hannoverisches Nr. 13) stattfand. Mitunter war v. Seyden-Punden von den Königl. Leibgarde hierbei wegen des schwebig aufgeführten Hutes seiner Garde von den Hohen Adlerorden 3. Klasse. Nach der Rückkehr von der Besichtigung nahm der Kaiser die Parade über die übrigen Truppen der Garde an dem Waterloo-Platz ab. Nach zweimächtigem Vorbeimarsch der Truppen trug Se. Maj. an der Spitze der Leibcompagnie nach dem hl. Schloß. Von dort begab sich Se. Maj. am 12. Uhr nach der Waldemarstraße, um der Trauung des Commandeurs des Königs-Regiments Oberstleutnant v. Bülow mit der Gräfin Schulenburg beizuwohnen. Nach der Trauung wohnte der Kaiser dem Hochzeitsmahl in Stotens Hotel bei und brachte dabei den Tischspruch aus die Bewerndung aus. Die Stadt ist festlich geschmückt. Am 3. Uhr trat Se. Maj. die Rückreise an. Gegen 6 1/2 Uhr traf der Kaiser mittels Sonderzuge in Sondershausen ein, betrug hier das an der neuen Dampf-Landungsstelle bereit stehende Torpedoboot und legte an Bord desselben die Niederste nach Potsdam fort. — Der Besuch des Kaisers in London ist endgültig am 10. Juli festgelegt. Im Fußball wird bei dem zu dem Gemeinderathes einen gegebenen Anlaß, am Freitag, den 17. Juni, der Gemeinderath von London beistehen in seiner heutigen Sitzung, wie uns telegraphisch von dort gemeldet wird, 3000 Pfd. für die Vorbereitungen zum Empfang Sr. Majestät. Während der Sitzung wurde ferner die Mittheilung gemacht, daß auch die Königin wahrscheinlich eingeladen werden würde, der City zu

verbleiben Zeit wie der Kaiser einen Besuch zu machen. — Die Enttaltung des Denkmal für den Herzog Albrecht in Preußen in Königsberg, den Gründer der dortigen Universität, an welcher der Kaiser ebenfalls theilnehmend gedachte, ist verhindert worden. — Mitte August wird der Kaiser auf Helgoland zur Enttaltung des Denkmal und Ueberbrücke erwartet. — Das Befinden der Prinzessin Elisabeth von Baden hat sich wesentlich verbesert und läßt den schließlichen Ausgang erwarten.

△ Berlin, 14. Mai. Allgemeines Aufsehen erregt in den leitenden politischen Kreisen der (gersten im Anzuge mitgetheilte) Leiter der Münchener Neuesten Nachrichten. Selbst der konservative Reichsbote trägt kein Bedenken, die markantesten Stellen dieser süddeutschen Auslassungen mit gepfefferten eiteln ohne Kommentar abstrudeln, was bei den bekannten Beziehungen dieses Organs zu gewissen Hofkreisen doppelt auffallen muß. Es steht nämlich außer allem Zweifel, daß der Artikel in München von einer hohen Stelle inspirirt worden ist, nachdem man dort sowohl als auch in Dresden die Worte von dem „Herrn im Lande“ irrtümlich auf sich bezogen hatte. Die Artikel der W. N. N. und der Dresd. Nachr. besitzen mithin keinesfalls als Privatleistungen der betr. Redactione aufgesetzt worden. Nimmere wird es begreiflich, weshalb anonyme Censores an der falschehen Rede soviel Heringsgerüche haben.

Im Herrenhaufe wurde gestern die Landgemeindefeuerung mit allen gegen etwa 10 Stimmen angenommen. Die Wahl der Schulzen auf 12 aufst auf 6 Jahre wurde trotz des Einpruchs des Ministers mit 66 gegen 57 Stimmen beschlossen, eingeleitungen, um den Schulzen von der Gemeinde unabhängig zu machen. Ebenfalls im Widerspruch mit dem Minister wurde im § 109 die Öffentlichkeit der Sitzungen der Gemeindefeuerung auf diejenigen beschränkt, denen das Gemeindefeuerrecht. Minister Herrfurth erklärte, daß er nicht in der Lage sei, diesen Beschlusse im Abgeordnetenhaus zu vertreten. Graf Kintowitsch glaubt auf das Abgeordnetenhaus eine Preßion durch die Erläuterung ausüben zu können, daß mit den jetzigen Beschlüssen die Grenzen der Nachsichtigkeit des Herrenhaufes erreicht seien. Das wird sich ja finden. Die nächste Sitzung des Herrenhaufes soll gegen Mitte Juni stattfinden.

Der Kaiser hat, als ihm Dienstag nachmittags die Meldung von der Abjuration des Herrenhaufes über das Einkommensteuergesetz zugeht, wie die Zeit. N. N. mittheilt, sofort an den Finanzminister Hr. Mühlert eine längere Depesche gerichtet, in welcher er dem Minister wünschte die Ausführung der erfolgten Erhebung dieses ersten Abstrichs der Steuerreform ausgeprochen und daran die Hoffnung geknüpft haben soll, daß dieser Erfolg eine gute Vorbedeutung für die glückliche Fortführung der Steuerreform in Staat und Gemeinde sein werde.

Die Meldung, daß bezüglich des neuen Einkommensteuergesetzes schon an die Provinzialregierungen genaue Anweisungen über die Handhabung des Gesetzes befehls Mittheilung an die Landratsämter ergangen seien, benachrichtigt sich nicht. Die wenigen bisher ergangenen Anweisungen betreffen, wie die „Schloß. Ztg.“ erzählt, untergeordnete Punkte und verdienen die Bezeichnung als „genaue“ in feiner Weise. Dagegen ist die Ausarbeitung einer genaueren Instruktion über die Handhabung des Gesetzes angeordnet worden. Diefelbe ist dem zu diesem Zweck in das Ministerium berufenen Landratsamt Ertrag aus Sogon übertragen worden. In unterrichteten Kreisen ist man überzeugt, daß vor dem Monat September d. J. die Fertigstellung der Instruktion nicht zu erwarten ist.

Wie man der „Schloß. Ztg.“ aus Berlin von sonst meist gut unterrichteter Seite schreibt, hat die Einleitung von wirtschaftspolitischen Verhandlungen zwischen Deutschland und Rußland bereits stattgefunden. Auch in betreff dieser Verhandlungen ist, ebenso wie seiner Zeit in betreff derjenigen mit Oesterreich-Ungarn, die strengste Geheimhaltung stipulirt worden.

Nach einer Meldung der „Pol. Korresp.“ aus Paris findet die Nachricht, daß anlässlich der bevorstehenden Veränderungen in den diplomatischen Vertretungen Frankreichs der Botschafter beim Wiener Hofe, Herr Albert Decrais, als Nachfolger des Herrn Herbetz nach Berlin gehen und in Wien durch den Grafen Grafbeke ersetzt werden solle, keine Bestätigung. Diese Kombination entbehre überaus der Wahrscheinlichkeit, da seinerlei Anlaß vorliege, Herrn Decrais in Wiener Posten, den er zur vollen Zufriedenheit aller in Betracht kommenden Faktoren ausfüllt, mit einem anderen vertauschen zu lassen. Des weiteren wird betont, daß Berücksichtigung in diplomatischen Corps der Republik erst nach Ablauf von einigen Monaten zu gewärtigen seien und daß alle bisher hierüber aufgetauchten Nachrichten lediglich auf Kombinationen beruhen.

Wenigleich man nach den neuesten wissenschaftlichen Untersuchungen von den früheren übertriebenen Vorstellungen über die Einwirkung des Waldes auf das Klima und seinen Einfluß auf die Verminderung von Ueberfluthungen zurückgekommen ist, so wird doch nach wie vor allseitig anerkannt, daß der Wald gewisse und sehr wesentliche Aufgaben für eine rationelle Wasserwirtschaft hat. Seit Jahren wird deshalb von der Staatsregierung dabei getreut, die rasche Abführung des Wassers aus dem Walde zu verhindern und dasselbe möglichst lange zurückhalten. Die Regierung ist aber nicht bloß bemüht, durch möglichst gute

und die rationelle Wasserwirtschaft berücksichtigende Bewässerung des Staatslandes und soweit möglich auch des Gemeindefeldes, Gewässer, z. B. Bäche, zusammen etwa 40 Proz. der Waldfläche, ein Vermehrung der Ueberviehungen herbeizuführen, so hat auch Deutschland im Interesse der Konkurrenz in den letzten Jahren jährlich etwa 1 1/2 Quadratmeilen den Wäldern hinzugezogen und gewährt ferner Prämien aus Staatsmitteln an Private und Gemeinden behufs Anpflanzung solcher Grundstücke, deren Bewaldung der Landesfürst dient, etwa im Umfange von 2000 ha jährlich. Richtig hat nun die Agrarcommission des Abgeordnetenhauses gelegentlich der Beratung des Antrages des Abg. Schulz-Lupitz bezüglich des Waldschutzes in den Quellgebieten der Flüsse und Bäche den Beschlus gefasst, die Staatsregierung aufzufordern, in der Richtung der Erhaltung des Waldes und der Anpflanzung noch unbesessener vorzuziehen und erforderlichenfalls eine Erhöhung der Staatspension für Waldkulturen vorzuschlagen. Die Staatsregierung dürfte, wenn das preussische Abgeordnetenhaus diesen Beschlus seiner Kommission beibringt, wohl kaum gegen denselben Folge zu leisten. Denn der Landwirthschaftsminister würde dadurch in seinem bisherigen Bestreben der Verminderung von Ueberviehungen nur zu sehr befördert werden.

* Nach der „Nat.-Ztg.“ sind zu Mitglieder des Reichsraths (vgl. vorige Seite) zu ernennen: Adolf Beckmann, General-Konst. Dollmann von der Firma Sponck & Thormehlen, Staatsminister v. Hofmann, Karl v. d. Seydt, Direktor Lucas und Pastor Hieskamp als Vertreter der evangelischen Mission.

* Die „Samb. Nachr.“ polemisiert an leitender Stelle heftig gegen die „Kreuzzeit.“ und deren Behauptung, die „Nachr.“ wolle den Verarmung und Misstrauen erzeugen, insbesondere aber gegen die Darstellung, das Blatt habe alles dieses, damit die „Kreuzzeit.“ gerade bei den „Samb. Nachr.“ den Glanz an die Möglichkeit einer Wählung des Fürsten Bismarck in seine Aemter verleihe, terne wohl mehr als auf die Möglichkeit eines Verdrängungsbewerbes in ganz bestimmter Hinsicht, müsse aber das Blatt selbst auf schwerer Kompromittation.

* Der preussische Justizminister hat von den Reichstags-Verhandlungen darüber, ob die Wahlfrist des § 23 des preussischen Wahlgesetzes vom 1. Mai 1878, wonach alle die in der Wahlfrist des Vorbereitungsdienstes in der Regel bei einem Amtsgang beschäftigt werden sollen, das mit nicht mehr als drei Wählern belegt ist und keine Geschäftsleitung nach Vollendung der Amtszeit zu erwarten ist und daher aufrechtzuerhalten ist oder nicht.

* Der Kultusminister verlas am 28. April bei der Allgemeinen deutschen Lehrer-Versammlung in Mannheim die folgende Resolution: „Dem Hauptantrag erwidere ich auf die Vorstellung vom 26. März d. J., das ich mich nicht veranlassen kann, den Vorschlag, die Seminarklassen innerhalb des preussischen Schulsystems zu vereinigen, an der diesjährigen 23. Allgemeinen deutschen Lehrerversammlung für die Dauer der Wählfrist, d. h. vom 17. bis 23. Mai, einen allgemeinen Urlaub zu erteilen. Die eingehenden Anträge, welche neuerdings auf Gewährung von Urlaub anerkannt wurden, sind zum Zweck des Beschlusses von Beschlüssen gestellt worden, führen zu einer Entscheidung des Reichsraths, welche verschieden werden kann, wenn die Lehrer die anderen Berufsstände, ihre Beschlüsse in die gemeinsame Forderung legen.“

* Die „Frankf. Ztg.“ meldet aus Cannes, das Besondere des Großherzogs von Mecklenburg-Schwerin sei so vorzüglich, daß seine Wählfrist bis zum 29. Juni erwartet werden kann.

* Wilhelmshafen, 14. Mai. Das Kaiserliche Kriegsschiff „Siegfried“ ist heute nachmittag um 4 Uhr hier eingetroffen.
Köln, 14. Mai. Die Stadtdirektion wollten den Wohlthätigkeits-Ausschuß Straßener-Bezirke mit 20 von 30 Stimmen zum Besonderen städtischen Polizeidirektor ernennen.

Preussischer Landtag.

(Bericht der Saale-Ztg.)

20. Sitzung am 14. Mai, 11 Uhr.
Eine Petition der Gemeindeverordneten und des Schulvorstandes an die Regierung, welche sich über die Anordnung der Schulbehörde, in der Hiebeneigenschaft eine Schule zu errichten, beschwerten, wird der Regierung zur Erwägung übergeben.

Der Städteordnung für den Regierungsbezirk Westfalen wird die vom Abgeordnetenhaus abgeordneten Fassung angenommen, ebenso der Entwurf der Erweiterung des Staatsarchivgesetzes.
Darauf wird die zweite Beratung der Landgemeindeordnung vorgetrieben mit § 75 (Wahl der Gemeindevorstände), welcher durch die Verordnungs-Kommission insofern geändert ist, als die Wahl der in die Gemeindevorstände zu wählenden Personen nicht auf 12, sondern auf 10 Jahre verlängert ist.

Minister Herrfurth wendet sich selbst gegen diese Aenderung. Der Grund der Aenderung von 6 Jahren für Ehrenämter, von 12 Jahren für die hiesigen Gemeindevorstände ist die Regel in allen Verordnungen und Landesgesetzen, in der Kreisordnung, den Provinzialverordnungen, keine Abweichungen davon bestehen nur in der Landgemeindeordnung von Westfalen und Hannover. Das Haus verweigert doch immer den Grund der Kontinuität, nach welchem Aenderungen nicht vorgenommen werden, wenn sie nicht notwendig sind. Eine solche Notwendigkeit ist aber nicht nachgewiesen. Solchen Grundregeln entsprechend würde daher das Haus es bei dem bisherigen Verzicht lassen.

Herr v. Walpoda hält es materiell für gleichgültig, ob die Wahl 6 oder 12 angenommen werde. Bedenkt man aber für die 6 oder 12 Stimmen, um nicht wieder gezwungen zu sein, wenn das Abgeordnetenhaus zu der Wahl beschließt, keine Zustimmung an Abgeordnetenhaus zu geben, so ist die Wahlfrist für die Gemeindevorstände zu verlängern. Das Gesetz durchzuführen, sollte er für seine heilige Pflicht, wenn es aber begeben werden sollte, so werde er dem ihm im Grunde unzulässigen Geleise seine Ehre nachzuweisen. Das Gesetz ist auch den Bauern unzulässig, die sich auf die Grundbesitzer des Reichthums verlassen könnten. Dann habe sie für sich selbst nachzusehen, aber für die Mehrheit sei ein sehr berechtigtes Standesbewußtsein, und selbstverständlich sollte sich mit Stolz in einer Aufsicht an Bauern als „Bauer“ unterzeichnen.

v. Wiederbach-Mollis läßt es am liebsten, wenn den Gemeindevorständen in Bezug auf die Schulen ein Vorschlagsrecht zustünde und die Ernennung durch den Landrath erfolge. Nur dann würde man die Schulen dem alten Schicksal und Worn wieder bekommen, niemals aber die Schulen von Gemeindevorständen. Auf keinen Fall würde man aber die jährliche Wahlperiode annehmen, dadurch sollte man der Landgemeinde Vorzug. Den Gemeindevorständen dürfe man nicht mit dem Mangel eines Provinziallandtages oder Ausschusses vergleichen. Der Bauer

unterschiede nicht zwischen Person und Sache bei der Wahl. Man wolle ihm die Gelegenheit nehmen, sich zu äußern.
Berkus tritt bei den Ausführungen des Ministers bei.
v. Bethmann-Hollweg spricht sich für die Wahl des unbesessenen Gemeindevorstandes auf 12 Jahre aus. Das Gesetz wolle doch ein reges kommunales Leben heftigen. Das kommunale Leben regle sich aber nicht der Stellung des Schulbesitzers, sondern der seine Kontinuität gegenüber den Schülern gewährt werden, und dann empfehle sich die Wahl auf eine längere Zeit.

Minister Herrfurth führt aus, daß man dieselben Bedenken nie gegen die kürzere Amtsdauer der Gemeindevorstände auch gegen die Aenderung geltend machen könnte. Das doch auch nur auf 6 Jahre gewählt werden. Die Regierungsvorstände und Landräthe, welche über diesen Punkt befragt worden seien, hätten sich für die Beibehaltung des bisherigen Zustandes ausgesprochen. Neben einer mit Ausnahme des Abgeordnetenhausbeschlusses, dem bei einer Aenderung derselben etwas er nicht in der Lage sein, dem anderen Hause gegenüber einen anderen Beschluß zu vertreten.

v. Meißel-Nehow erklärt seine Uebereinstimmung mit den Ausführungen des Herrn v. Bethmann-Hollweg. Die zwölfjährige Amtsdauer wäre der erste Schritt für die vollständige Lebensfähigkeit des Schulgesetzes. Der zweite Schritt wäre die Wahl von 20 bis zu 30 Stimmen in den Amt hineinzuarbeiten. Wollte man ihn, nachdem er kaum schon 24 gefaßt, einer Wahlkommission aussetzen?

Die Diskussion wird geschlossen.
Beichtersdorfer v. Wedell-Besdorff meint, daß es nicht an die Regierung aufzugeben wäre, die Wahlfrist zu verlängern. Die Dauer der hiesigen Verträge über 12 Jahre.
Minister Herrfurth erwidert, daß es hauptsächlich auf die Beschaffung ankomme, und weist dies an einzelnen Beispielen nach.

Die Abstimmung ist, da sie zweifelsfrei heißt, eine namentliche. Es wird mit 17 gegen 77 Stimmen in der Fassung des Herrenhausbeschlusses angenommen, ebenso an die §§ 76-108.

§ 109 (Beschränkte Öffentlichkeit der Gemeindeverordnungen und Gemeindeverwaltung) wird nach der Erklärung des Ministers Herrfurth, daß prinzipiell, wenn den Regierungsvorständen keine Einwendung zu erheben sei, der Abgeordnetenhausbeschlus über vorzuziehen ist, damit die Träger der Verträge eine Kontrolle hätten, nach dem Beschlus der Herrenhaus-Kommission angenommen, ebenso die Disparographen des Gesetzes.

Graf Hinkowström erklärt hierauf nach den Beschlüssen des Ministers und nach der Annahme der wichtigsten Aenderungsanträge mit dem größten Theil seiner politischen Freunde für das Gesetz stimmen zu wollen. Damit aber sei die Grenze der Majorität des Herrenhauses erreicht, der Minister habe nunmehr die Mehrheit, in anderen Fällen für die Herrenhausbeschlüsse einzutreten.

Graf v. Meißel-Nehow erklärt, daß er gegen das Gesetz stimmen zu wollen.
Das Gesetz wird hierauf mit sehr großer Majorität angenommen. Raagen stimmen u. a. Graf v. Meißel, Graf Hohenhausen v. Meißel-Nehow.
Nächste Sitzung unbestimmt, doch vorläufiglich Mitte Juni.
Schluß 1 1/2 Uhr.

Ausland.

Italien. In der Deputirtenkammer erklärte Ruffini gestern bei der Beratung des Budgets des Ministers: Der Dreißigste habe zum Zweck, das europäische Gleichgewicht und den Frieden aufrecht zu erhalten. Eine große Nation müsse einer selbständigen Politik folgen, damit sie die Früchte ihrer Politik genießen könne. Betreffs der Vorgänge in New-Orleans dürfe man die Bedeutung derselben nicht überstreben und daraus eine Frage der nationalen Würde machen. In der Politik der Handelsverträge bleibe er fest, er werde alles Mögliche anstreben, um mit den benachbarten Mächten Handelsverträge abzuschließen.

Leitverordnungen. Der Kaiser befohle gestern den zur Ausreise erlassenen Bürgermeister von Wien Dr. Priz wegen der Festigkeit seiner Zeitung. Er habe seine Wahl mit Vergnügen bekräftigt, da es das Amt in besten Händen wisse. Der Kaiser machte gestern dem Prinzregenten Ludwig von Bayern einen einstündigen Besuch. Ferner ließ der Kaiser durch den Generaladjutanten Grafen Paar bei der russischen Volkspost in Wien wiederholt Erkundigungen über das Befinden des Großfürsten-Thronfolgers einbringen. Ebenso erkundigten sich mehrere Erzherzöge sowie Graf Rasthof, Graf Taaffe und der Minister v. Kalloy über das Befinden des Thronfolgers.

Der Finanzminister Wackerle erklärte im Finanz-Ausschusse des ungarischen Abgeordnetenhauses gestern, die Verhandlungen über die Austerreicherung seien im Zuge. Der Minister habe seit der Austerreicherung Regierung eingetragenen. Das Selbstgesetz für die heutigen Grundbesitzer nicht aufrecht erhalten werden, es müsse in diesem System eine wesentliche Aenderung eintreten.

Italien. Die amtlichen Nachrichten, welche in Petersburg eingegangen sind, bezeichnen das Befinden des Großfürsten-Thronfolgers als vollständig zufriedensstellend. Der Wladko, die Pringen und die hiesigen japanischen Würdenträger, welche dem Prinzen wiederholt Besuche abtraten, werden dem Großfürsten bis nach Kowe, wo sie sich an Bord des „Panama“ einschiffen, das Gefolge geben. — Die Kaiserlich Japanische Gesandtschaft ist in Berlin ertheilt von ihrer Regierung folgende Mittheilung bezüglich des Attentats auf den Zarwitsch:
Tokio, 14. Mai. Die Kunde des Großfürsten-Thronfolgers von Russland stellte sich als ziemlich leichte heraus, man sah ihn bereits bei seiner Ankunft in Kio auf dem Wege zum Hotel mit seinem Kommeherren sprechen. Nachdem sich nach dem ersten Höflichkeitsbesuch ein günstiger Fortschritt gezeigt habe, trat seiner Schließ ein, sein Heber zeigte sich und der Thronfolger ließ sich sehen. Der Kaiserlich japanische Botschafter Grafen Iwakura trat dem Kaiser, dem Minister des Innern nach Kio an. Er, Maj. der Kaiser begab sich nach Kio, um den Thronfolger zu besuchen. Das Ereignis veranlaßte große Begeisterung im japanischen Volk. Die genannte Austerreicherung über den Thronfolger über den Vorgang und ihrer Verurteilung wegen den Attentäter offenen Ausdrucks. Der Kaiser wird behauptet, daß der Attentäter ein Franzose ist. Der Kaiser kam gestern Abend 10 Uhr in Kio an. Der russische Gesandte zu Tokio begreife im Namen des Großfürsten-Thronfolgers den Kaiser auf dem Bahnhofe. Der Kaiser hatte heute Vormittag mit dem Großfürsten-Thronfolger eine Zusammenkunft.

Ueber die Judenverfolgungen in Rußland und bringt das „Preussische Reichsblatt“ von unterrichteter Seite folgende Mittheilungen:
In Katalonien wurden am Vorabend des jüdischen Pessach, das festlich die Juden an den Auszug der Israeliten aus Ägypten unter der Führung eines Wagners ist, 92 jüdische Familien aus der Stadt getrieben; man ließ ihnen nichts als das Wenige, was sie auf dem Wege hatten und ein Treppchen der Wegscheitigkeit! — etwas ungeduldet

Prot und Wein, — die Lebensmittel der stürmenden Israeliten bei ihrem Auszuge aus Ägypten. — Hier wurde der Anfang eines Privatkrieges aus Moskau folgen, der mehr sagt, als Wäcker schildern können: „Mein Sohn! — Du wandelst aus ein glückliches Heil. Wir haben hier kein Geld und kein Geld.“ am Vorabend des Pessach wurden wir durch Kofoten aufgegeben und alle, Jung und alt, Männer und Weiber, aus den Häusern getrieben. Der Pessach befohl uns, mir hab, und ich sofort zu verkaufen; wie sollten wir auf der Stelle das möglich machen? — Da wurden einige dreißig Pfennig zusammengekauft, die uns Alles, — was unter war, für wenige Pfennig abgaben. — Das Geld ließ ich bei Kofoten, um für die Pessach zur Bedienung der Unkosten ein! — Diejenigen von uns, die zu murren wagten, wurden niedergemetzelt. — Wir stürzten nach unserm Pessach und hofften, wenigstens auf den Straßen für die Nacht Ruhe zu haben; vielleicht bringt uns der Tag Rettung und Hilfe. Aber, eine Stunde später wurde der Pessach von Kofoten umringelt, wir wurden in die Nacht hinaus auf die Landstraße getrieben, mit Stöcken und Steinen, und wer es wagte, sich zu widersetzen, wurde niedergemetzelt oder ins Gefängnis geschleppt und wird in Sibirien enden! — Ich weiß nicht, wo ich mein Haupt niederlegen soll! — Ich bin in Sibirien, in Bolen dringt während des Pessach dieses Heil, die Pessach in die Synagoge und verlor die Pessach, die Gelehrten zu lesen, unter dem Bisher noch nie und nirgends gebürten Verlangen, ob die Gelehrten den Stempel der amtlichen Genehmigung haben. Selbstverständlich kann eine solche Genehmigung nicht nachgewiesen werden; der Polizeioffizier verlangt eine sofort zu erlangende Erlaubnis von 100 Rubeln; die bereits ausliegende Erlaubnis ist nicht inländisch, die Erlaubnis für die Pessach und die Einreise ist von der Pessach der Natur, daß sie sich der Pessach entgegen. Und warum dies alles? Welcher Verbrechen beschuldigt man diese Ungläubigen? — Man beschuldigt sie des in Rußland inobdewürdigen Verwehrens, Juden zu sein!

Griechenland. In Triest wurden gestern neue Senfatio nachrichtlich über Korfu verbreitet. Ein Verstehergramm meldete, der Pöbel habe am Mittwoch mehrere Judenhäuser zerstört und 9 Personen getödtet. Derselbe berichtete ein Privattelegramm an einen aus Korfu gebürtigen griechischen Kaufmann in Triest, welches ferner die Nachricht enthält, daß über Korfu der Belagerungszustand verhängt worden, und der Statthalter sowie der Bürgermeister, weil sie durch wenig energische Anstrengen den Pöbel ermutigt hätten, abgesetzt seien.

Der „Polit. Korresp.“ zufolge beschloß die Fortdauer der Austerreicherung in Wien, die erste Aufmerksamkeit mehrerer Kabinets. Anfangs die humanitäre Seite gele in der diplomatischen Welt in erster Linie England zur Unterstützung berufen, weil die jüdischen Inseln ein Geschenk Englands seien: einige andere Mächte hätten ihre Staatsangehörigen und zugleich ihre Handelsinteressen zu schützen. Griechenland spreche nunmehr energische Maßnahmen zu ergreifen, von deren Wirksamkeit das weitere Verbalten der Mächte abhängen werde.

Ungarn. Kaiser Ferdinand begibt sich im Mai über Anfang Juni zum Kurzbegriff nach Karlofsb. In der Note, mit welcher die bulgarische Regierung die Botschafter Rußlands wegen Ausweisung zweier russischer Unterthanen beantwortet hat, heißt es, ein Individuum sei wegen wiederholter agitatorischer Handlungen im März 1887, ein anderes wegen Aufregung der Bevölkerung gegen die Landesbehörden ausgewiesen worden. Nach den traurigen Ereignissen der letzten Jahre, namentlich aber nach dem Attentat auf Botschafter werde sicherlich niemand die Gefährlichkeit dieser im Interesse der Ordnung getroffenen Maßnahmen bestritten. Die russischen Unterthanen würden in Bulgarien immer den gastfreundlichsten Empfang finden.

Serbien. Den in den nächsten Tagen beginnenden Handelsvertragsverhandlungen zwischen Serbien und Oesterreich kann, nach der Köln. Ztg., gemäß der in Serbien herrschenden Stimmung kein glatter Verlauf vorhergesehen werden. Serbien werde an Oesterreich mit schwer zu erfüllenden Forderungen herantreten, so daß man die Möglichkeit eines Zollkrieges in Belgien bereits ernsthaft ins Auge fasse.

Spanien. Die Kammer nahm am Mittwochabend mit 168 gegen 62 Stimmen die Antwortadresse auf die Thronrede an, nachdem Sagasta eine heftige Rede gegen dieselbe gehalten hatte. Canovas antwortete auf die Angriffe Sagastas und wies darauf hin, daß die Liberalen nicht inländische gewesen seien, die Gelegenheit zu fördern und Maßnahmen für den Schutz der nationalen Produktion zu treffen.

Portugal. Dem portugiesischen Generalkonsul in Berlin ist, wie wir der „Nordd. Allg. Ztg.“ entnehmen, vom Finanzminister in Lissabon folgende Vergünstigung-Depesche zugegangen:
Die Angaben betreffender spanischer Journale bezüglich der Lage in Portugal beruhen auf irrigen Voraussetzungen, da trotz der herrschenden Beläuntheit die öffentliche Ruhe sowohl, als die politische Lage völlig gesichert sind.

Wie aus Lissabon verlautet, haben die Verhandlungen zwischen Portugal und England betreffs der freiberechtigten afrikanischen Besitzungen einen befriedigenden Abschluß gefunden.

England. Die „Times“ bespricht in einem besonderen Artikel die Verhandlungen mit Portugal und hebt hervor:

Die portugiesische Regierung habe die letzten Vorschläge Lord Salisbury's ertheilt und denselben wesentlich genehmigt. Das portugiesische Parlament habe den Grundbesitz des „do us do“ zur Grundbesitz. Im Vorabend des Pessach sei der portugiesischen Regierung eine Erlaubnis von 80,000 Mk. angeteilt worden. Die vom Rußland angebotene Grenzlinie nehme eine nordwestliche Richtung bis zum Zwangswesen und gehe abwärts bis zum Bunde. Die Regierung im Süden des Pessach sei im allgemeinen dieletzt, wie bisher. Die neue Grenzlinie werde sich dem nördlich einige Kilometer östlich von Buzio gegen Ost und berichte Mozambique im 32.05. Längegrade. Vor diesem Punkte aus ist die Olynge des Gebietes der fonschichteten englischen Gesellschaft direkt gegen Süden zwischen dem 32.05. und dem 33. Längegrade abgeheilt, bis sie den Buzio erreiche und sich mit einer feinen Wendung gegen Süden diesem Punkte nähere. Was Maßregeln anlangt, so ist der portugiesischen Regierung ein kleines Gebiet auf dem Plateau überlassen worden, wo die portugiesischen Beamten eine Zustalt vor den stürmenden der Ethen werden finden können. Wegen des Transfinites durch das portugiesische Gebiet sei keinerlei Austerreicherung zu erwarten, was die Austerreicherung zwischen dem südlichen Pessach, dem Pessach und dem westlichen Pessach sei für die Engländer somit vollständig abgeklärt.

Leichte Kinder-Blousen

Satin, Mousseline de laine und anderen modernen Stoffen.

Ph. Liebenthal & Co.

Untere Leipzigerstrasse 103.

Pingel & Vogel, Niemeyerstr. 7

Brikets, Nasspresssteine, Coke, Steinkohlen, etc. Böhmisches Salonkohlen

Vorzügliche Marken

Billigste Preise - Prompte, sorgsame Bedienung - Garantie für richtiges Maass und Gewicht.

Opel & Stroedicke,

Hallesche Holzbearbeitungs-fabrik und Holzhandlung.

Gasse a. d. S. Dampfmaschinenwerk. Möhlischerweg 4.

Reichhaltiges Lager von gutgepflegten harten und weichen Nuthölzern, speziell Holz- und Weisbuche (Weisbuchensollen zu Sämmern für Kupferhämmer), Eiche, Erle, Esche, Nüßler, Ahorn u. polnische Kiefer, fichte u. taunene Bretter in diversen Sortirungen, Bloch u. Einzelware, Nuthholz, Kreuzholz, Dach- u. Deckenplanung. Staufen, Walz-, geschnittene u. Dreifantaten.

Specialität: Schwedischer Fussboden, taub und bearbeitet in Eanne und Kiefer. Gespaltenes Brennholz.

Wir sind beim Einschnelden von über 1000 Kilometer polnischen Kiefernblöcken und können jetzt noch jeden Wunsch betreffs der Dimensionen berücksichtigen.

Thermometer,

genau richtig zeigende Waare, empfiehlt in grösster Auswahl billigst

Otto Unbekannt,

Werkstatt u. Lager für mathem., physikalische und optische Instrumente, Kleinschmidten quoror, neben der „Vorle.“

Sommer-Unterzeuge, Handschuhe, Strümpfe

für Damen, Herren und Kinder

in bekannt guten Qualitäten zu billigsten Preisen empfiehlt

I. Geschäft: **Julius Bacher.** II. Geschäft: **Th. Salomannstr. 12.**

Leipzigerstrasse 11. Halle a. S. An d. Halle.

NB. Diamantschwarze Doppelgarn-Strümpfe, (eigenes Fabrikat), sowie sämtliche schwarze Strümpfe (auch die billigsten) garantiert waschecht.

Kinderwagen

von den billigsten bis zu den hochfeinen.

Geschäftsprinzip: Gröser Umlauf und außerordentlich billige Preise bei Lieferung von nur gutem dauerhaften Fabrikat.

Als Fachmann bin ich in der Lage, für meine Kinderwagen die weitgehendsten Garantien zu übernehmen.

Bedeutendes Lager in allen Korbwaren, wie Reiseförbe re. re. und Luxusgegenständen.

Steinhor. Albert Schmidt, Steinhor. Nr. 3. Illust. Katalog frei. Korbmachermester. Bestand franco.

Kinderwagen - Große Korbhandl.

von 10. A an bis zu den feinsten.

Reisekörbe

und alle Korbwaren

empfehlen zu bekannt billigen Preisen

F. Spalt,

44 Gr. Ulrichstraße 44.

Jalousien-Fabrik

von **Robert Reinicke,**

Leipzig, Alexanderstraße 4.

empfehlen ihre best anerkannten Zug-, Holz-Jalousien und Rollläden, sowie deren Reparaturen solid, schnell und billigst.

Bestes eiserne Baumaterial:

Träger, Gartenschienen, Eisenbahnschienen, Säulen, Fenster, Treppen etc. Elserne Viehbarrieren

liefern zu billigsten Preisen. Reichhaltiges Lager. 30jähr. Specialität. Zahlreiche Referenzen. Kataloge, Kostenanschläge u. statische Berechnungen unentgeltlich.

E. Leutert, Maschinenfabrik und Eisenscherei. Halle a. d. S. - Giebichenstein.

Thürschliesser,

selbstherstellend, einfache und dauerhafte Construction, absolut sicher funktionierend, bis jetzt das praktischste und bewährteste Fabrikat, empfiehlt

Rud. Speck, Marienstraße 8.

Aufsicht des Thürschliessers in Volligkeit bei Herrn Steinbrecher & Jasper, am Markt, jederzeit gern gehalten.

Bu dem bevorstehenden Kriegerverbandstage empfehle meine

Decorationen leihweise

als Fahnen, Schilder, Fahnengruppen u. s. w. und bitte um halbtägige Bestimmung.

Otto Kaestner, Decorateur.

Wir empfangen wieder einen großen, frischen Transport

Prima Belgischer Spannpferde.

Dieselben stehen vom Sonntag den 16. d. Mis. an zu sehr soliden Preisen bei uns zum Verkauf.

Halle a. S., **S. Grossmann & Sohn.** Esplanade 4.



Für Reisepartien

ff. haltbare Braunschweiger Cervelatwurst, sowie sämtliche andere Würst- u. Fleischwaren. Fisch- und Fleisch-Conserven. Englische Biscuits. Bouillonkapern. Fleischextracte. Fruchtlimonaden. Alle Sorten Liqueure, Cognacs, Portwein, Madeira, Sherry

in 1/2 und 1/4 Flaschen empfiehlt

Gleim & Windmüller

Leipzigerstrasse 95/96. Fernsprecher 534.

Königl. Bad Lauchstädt.

Am 1. Pfingstfeiertag

Nachmittag: Grosses Concert. Anfang 3 Uhr.

Bei günstiger Witterung Abend-Concert.

Am 2. und 3. Feiertag Ball im Cursaal. Anfang 3 Uhr.

Max Schwarz, Voderreclamateur.

Waldkater Schkeuditz.

Am 2. Pfingstfeiertage Grosses Concert. Oeffentlicher Ball. Concert und Ball.

Für gute Speisen und Getränke ist bestens gesorgt.

Hochachtungsvoll **Louis Pfeuffer.**

Ostrau, Gasthof zur Linde.

Bum Pfingstfeste angenehmer Weg vom hohen Piesberg. Schön angelegter Park mit selten schönen blühenden Magnolien. Ausgezeichnetes Palmhaus. Für diverse Speisen und Getränke ist reichlich gesorgt.

O. Stephan.

Sec- und Sool-Bad Kolberg.

Eisenbahn-Saison-Billet. Frequenz 1890: 8229 Gäste.

Dresden.

Humboldtgarten.

Esse der Humboldt- und Annenstraße, an der Werderbahnlinie. Köhlnischer Bahnhof - Altmarkt. Unternehmener erlaubt sich sein Local allen Dresden beheimenden Gallenern bestens zu empfehlen.

L. Eberhardt, früherer Halle.

Neehausen.

Zur Unterhaltungsmusik am 2. Concert u. Ball am 3. Pfingstfeiertage ladet ergebenst ein

Ludwig Koch.

Bruckdorf.

Den 2. Pfingstfeiertag ladet zur Langmuff freundlichst ein **Ed. Grosse.**

Unterjohanne Beuchlit.

2. und 3. Pfingstfeiertag

Pfingstbier in der Laube.

Für gute Speisen und Getränke ist bestens gesorgt.

Ergebenst ladet ein **F. Krause.**

Canena.

2. Feiertag Langmuff, wozu freundlichst einladet **H. Beyer.**

Burgliebenau.

1. Pfingstfeiertag

großes Garten-Concert.

Anfang 3 Uhr Nachmittag.

G. Föllmer.

Beuchlitz.

2. und 3. Pfingstfeiertag

Ballmusik,

wozu freundlichst einladet **Frank.**

Am 1. Pfingstfeiertag

Passendorf, „Deutscher Hof.“

Am 1. Pfingstfeiertag

Würst- und Schinken-Ausregeln.

2. und 3. Feiertag von Nachm. 3 1/2 Uhr

Ballmusik.

Hollsdorf.

Samstag den 1. Pfingstfeiertag ladet zum **Garten-Concert** von Nachmittag 3 Uhr sowie Abends 1/2 Uhr freundlichst ein

Brescher.

Rassnitz.

Den 2. und 3. Pfingstfeiertag Ballmusik, wozu freundlichst einladet

L. Bieler.

Gardinen, Rouleauxstoffe, Portièren, Teppiche

H. C. Weddy-Pönicke.

empfehlen in reicher Auswahl

Für den Inseratenteil verantwortlich: B. König in Halle.

Halle. Druck und Verlag von Otto Hendel.